

Nach der Krise der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Der „Five Presidents Report“

Roland Sturm

Zusammenfassung

Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion soll durch eine Vertiefung der Zusammenarbeit der Euroländer gefestigt werden. Die umstrittenen Vorschläge reichen von einer Wirtschaftsregierung der Eurozone über eine europäische Einlagensicherung und Bankenunion bis zu einem Finanzminister der Eurozone mit eigenem Budget. Auf den Weg gebracht wurden diese Überlegungen durch den Bericht der fünf Präsidenten der wichtigsten EU-Institutionen (Five Presidents Report von 2014).

1. Worum geht es?

Die These, dass eine Ursache der Krise der europäischen Währungsunion die fehlende politische Union sei, hat viele Anhänger - insbesondere im Lager derjenigen, die das Ziel eines föderalen Europa nicht aus den Augen verlieren wollen. Die Staatsschuldenkrise in Europa bot erneut Anlass, auf Beispiele hinzuweisen, wo mehr Europa, zumindest aus der Sicht der Integrationsbefürworter, geholfen hätte, die Krise schneller zu überwinden. Für die EU hat der „Five Presidents Report“¹ die strategischen Konsequenzen aus der unvollendeten Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) gezogen. Die fünf Präsidenten, die diesen Bericht gemeinsam verantworten, sind der Präsident der EU-Kommission Jean-Claude Juncker, der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk, der Präsident der Euro-Gruppe Jeroen Dijsselbloem, der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi und der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz.



Prof. Dr. Roland Sturm

lehrt Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und ist Mitherausgeber von GWP

Der Bericht konzentriert sich auf die Frage der Vertiefung der WWU, nicht als Selbstzweck, sondern als Voraussetzung für die politische Union Europas. Angestrebt wird ein vierstufiger Prozess beginnend mit der „echten Wirtschaftsunion“, in der jeder Euro-Mitgliedstaat Wirtschaftsstrukturen hat, die ihn in einem System der Währungsunion erfolgreich machen können. Gefolgt von der Finanzunion, also der Vervollständigung der Bankenunion, bei der noch immer ungeklärt ist, wer haftet, wenn alle eingerichteten Rettungstöpfe für Banken nicht ausreichen, um die Einlagen der Bankkunden zu schützen. Zur Finanzunion gehört auch die Kapitalmarktunion. Der dritte Schritt ist die Fiskalunion, die die Eurozone in die Lage versetzen soll, Konjunkturpolitik zu betreiben, um Volkswirtschaften der Mitgliedsländer in Krisenzeiten zu stabilisieren. Viertens schließlich soll eine politische Union der EU-Mitgliedsländer angestrebt werden. Alle vier Schritte, die zum Teil aufeinander aufbauen, sollen parallel gegangen werden und alle Länder der Eurozone müssen sich daran beteiligen. Dies bedeutet, so der Report, dass die Euroländer mehr Souveränität zugunsten zu Gunsten europäischer Institutionen abgeben, z.B. bei Entscheidungen über nationale Haushalte oder nationale Wirtschaftspolitik.

Zeitplan

Die fünf Präsidenten haben ihre strategischen Überlegungen mit einem konkreten Zeitplan verbunden: Stufe 1 (1. Juli 2015 bis 30. Juni 2017) wird als „deepening by doing“ bezeichnet. Hier stehen im Vordergrund Strukturreformen nationaler Ökonomien, um diese wettbewerbsfähiger zu machen; die Vollendung der Finanzunion und das Erreichen einer verantwortungsvollen Fiskalpolitik auf nationaler und europäischer Ebene. Der Bericht schlägt vor, dass alle Euroländer unabhängige Behörden (Competitiveness Authorities) einrichten, die über die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaften wachen. Diese sollen beurteilen, ob sich die Lohnentwicklung an der Produktivitätsentwicklung der nationalen Wirtschaft orientiert und ihre Befunde mit Entwicklungen in anderen Euroländern und den wichtigsten Handelspartnern der betreffenden Länder vergleichen. Sie sollen auch feststellen, ob Wirtschaftsreformen ihr Ziel der Erhöhung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit erreichen. Nationale Behörden sollten zum Austausch von Informationen und Erfahrungen in ein Netzwerk der Behörden der Euroländer unter Beteiligung der EU-Kommission eingebunden sein. Folgenreicher soll die Überwachung der Haushalte der Euroländer in Zukunft sein, die heute schon mit der Überschrift „Europäisches Semester“ geschieht, aber nur empfehlenden Charakter hat. Konkret: die von der Kommission gewünschten Korrekturen nationaler Haushalte sollen verbindlicher werden und makroökonomische Ungleichgewichte sollen zu nationalen Wirtschaftsreformen führen. Für Deutschland wäre hier vor allem die Kritik der Kommission am deutschen Exportüberschuss relevant, die sich die Bundesregierung aber bis heute nicht zu Eigen machen möchte. Neben diese ökonomischen Überlegungen treten im Bericht der Fünf Präsidenten relativ unverbunden Forderungen zur Sozialpolitik und Arbeitslosigkeit. Der Bericht sieht die EU als Garanten des Wohlfahrtsstaats. Ziel sei ein „social triple A“, eine Bezeichnung in Anlehnung an die Bewertungen von Rating Agenturen. Hier werden konkret genannt: eine höhere Mobilität der Arbeitskräfte in der EU, leichtere Anerkennung von Berufsabschlüssen von EU-Ausländern, leichter Zugang zum Staatsdienst für EU-Ausländer und eine bessere Koordination der sozialen Sicherungssysteme.

Für die Vollendung der Finanzunion ist die Vollendung der Bankenunion von entscheidender Bedeutung, so der Bericht. Das heißt, es muss eine Zwischenlösung gefun-

den werden bis zum 1. Januar 2016, wenn der Bankenrettungsfonds eingerichtet ist (Single Resolution Fund). Wenn dieser nach 2016 nicht ausreicht, denkt der Bericht an eine Kreditlinie des Rettungsschirms ESM (European Stability Mechanism), der eigentlich für die „Rettung“ von EU-Ländern in der Staatsschuldenkrise eingerichtet wurde. Der ESM ist allerdings eine zwischenstaatliche Institution und kein Teil der europäischen Verträge. Nur nach einer (einstimmigen) Vertragsänderung könnte die Kommission auf den ESM zugreifen. Daneben plädiert der Bericht für eine europäische Einlagensicherung (European Deposit Insurance Scheme, EDIS), in die alle Banken einzahlen finanziert durch höhere Gebühren, die sie für Einlagen erheben.

Im Hinblick auf die Kapitalmarktunion hat die EU-Kommission von sich aus im September 2015 weitere Schritte eingeleitet. Das grundsätzliche Ziel der Kapitalmarktunion besteht darin, den Unternehmen in der EU neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Die EU will die Förderung von Verbriefungen hoher Qualität und eine Vereinfachung gesetzlicher Vorgaben für Prospekte, die Unternehmen bei einem Börsengang vorlegen müssen, vorantreiben. Dies sind erste kleine Schritte.²

Weitere Stufen

Stufe 2 (ohne Zeitrahmen), „completing EMU“ genannt, soll der EU gesetzliche Möglichkeiten geben, den wirtschaftlichen Konvergenzprozess in den Euroländern durch die Orientierung an gemeinsam verabschiedeten Orientierungen („benchmarks“) zu erzwingen und damit eine Konjunktursteuerung in der Eurozone zu verbinden. Kern der Konjunktursteuerung ist die Fiskalunion, die sich an keynesianischen Prinzipien orientieren soll. Das heißt in Krisenzeiten einzelner Euro-Staaten sollen auf der EU-Ebene Mittel zur Verfügung gestellt werden, um deren Wirtschaft anzukurbeln. Dies hat die Akzeptanz einer Transferunion zur Voraussetzung. Heute, beispielsweise, müsste der deutsche Steuerzahler Mittel zur Verfügung stellen, um Geld in die Wirtschaft in Frankreich und Italien zu pumpen. Ideen für die Wirtschaftssteuerung sollen von einem European Fiscal Board kommen. Aus Sicht des Berichts der Five Presidents ist die Transferunion kein prinzipielles Problem, weil der Bericht an jeder Stelle davon ausgeht, dass es gelingen wird, auf Dauer eurozonenweit eine Konvergenz der Wirtschaftsentwicklung zu erzeugen – angesichts der bisherigen Erfahrungen eine optimistische Annahme. Die Konvergenzannahme als Voraussetzung und Ziel engerer Zusammenarbeit in der WWU stellt den gesamten Plan in Frage, wie vielerorts angemerkt wurde.³

Der letzte Schritt zur vollendeten WWU soll spätestens 2025 gegangen sein. Die Eurozone wäre dann so attraktiv, so die Präsidenten, dass weitere EU-Mitgliedsländer den Euro einführen könnten. Spezifika des Übergangs von Stufe 1 zu Stufe 2 sollen im Frühjahr 2017 in einem Weißbuch mit entsprechenden Empfehlungen versehen vorge stellt werden.

Der Bericht versucht am Ende die naheliegende Frage zu beantworten, was dieses technokratische Top down-Konzept für die europäische Integration im Hinblick auf die Demokratie in der EU bedeutet. Der Bericht schlägt vor, den Wirtschaftsdialo g der europäischen und nationalen Exekutiven mit dem europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der Eurozone zu stärken, sowie eine weitere Plenardebatte des Europäischen Parlaments zur Haushaltsplanung und Hilfestellung der Kommission bei Verhandlungen mit nationalen Parlamenten. Ein Vollzeit-Präsident der Eurogruppe wird ebenfalls erwogen. Der Bericht stellt zwar klar, dass in der Eurozone über

Steuern und Haushalte national entscheiden wird, sieht aber darüber hinaus europäischen Koordinierungsbedarf, was einen europäischen Finanzminister rechtfertige.

2. Wie weit sind wir?

Die Präsentation des Berichts schien aus der Zeit gefallen. Gerade als nach einer Lösung für die Griechenlandkrise gesucht wurde, die selbst ein Beispiel für den Mangel an wirtschaftlicher Konvergenz in der Eurozone ist, legten die fünf Präsidenten eine Vision vor, die von der gesicherten wirtschaftlichen Konvergenz der Mitgliedstaaten ausgeht. Seit der Präsentation des Berichts im Juni 2014 ist nicht viel geschehen. Der französische Finanzminister Emmanuel Macron sagte, der Bericht bedeute nur: „Good luck, see you later.“⁴ Der Juni-Gipfel der EU Staats- und Regierungschefs stellte sich nicht ausdrücklich hinter den Bericht, sondern nahm in nur zur Kenntnis. Der Gipfel im Oktober 2015 nahm die Diskussion zu den Vorschlägen ebenfalls nur zur Kenntnis und bekräftigte, dass der Weg weiter gegangen werden soll. Details sind auf dem Dezember-Gipfel zu besprechen. Dies zeigt, dass die Vertiefung der WWU und mehr politische Integration auf europäischer Ebene zur Zeit wenig Unterstützung finden. Gründe hierfür sind sehr unterschiedliche Ansichten darüber, wie die Zusammenarbeit in der Eurozone verbessert werden kann. Zwischen den Ideen der Krisenländer im Süden und der Euroländer des Nordens liegen Welten. Weiterreichende Reformen würden zudem Vertragsänderungen erfordern. Eine Vertragsreform mit allen ihren Unwägbarkeiten will niemand. Auch der Grundgedanke der Vertiefung der Integration, also die Abgabe von Souveränität, ist unpopulär. Vor allem aber überschattet die Flüchtlingskrise EU-Gipfel nicht nur thematisch, sondern hat auch Fragen europäischer Solidarität aufgeworfen. Solidarität ist aber die Grundlage einer vertieften WWU.⁵

Wirtschaftsregierung

Die Diskussion um die Themen des Berichts der Fünf-Präsidenten geht dennoch weiter. Unklarheit gibt es darüber, was eine verantwortliche Haushaltspolitik sein soll. Die Idee des deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble, mehr Integration bis hin zu einem europäischen Finanzminister zuzulassen, macht den Vorbehalt einer soliden Haushaltspolitik in allen Euro-Ländern. Wir beobachten das Gegenteil. Frankreich und Italien⁶ machen sich für eine europäische Wirtschaftsregierung stark. Diese solle über die Einhaltung gemeinsamer Haushaltsregeln wachen. Die Wirtschaftsregierung hätte einen eigenen Haushalt und würde der Kontrolle einer neu zu schaffenden Parlamentskammer unterliegen. Ziele wären auch eine Steuerharmonisierung, eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung und eine Angleichung des Arbeitsrechts. Der französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron spricht inzwischen offen über die Notwendigkeit einer Transferunion, wo wirtschaftlich erfolgreichere Staaten weniger erfolgreiche finanziell mittragen.⁷ Als erster Schritt wurde ein deutsch-französischer Beirat vorgeschlagen, der wirtschaftspolitische Empfehlungen, z.B. zur Höhe des Mindestlohns abgibt.⁸ Aus deutscher Sicht verbirgt sich dahinter eine Wirtschaftssteuerung nach französischem Vorbild, und der Vorbehalt wird gemacht, dass der laxere Umgang Frankreichs mit Regeln, wie beispielsweise beim Einhalten der europäischen Verschuldungsgrenzen, eine Vertiefung der Integration erschwert. Wolfgang Schäuble

hat mit Karl Lamers jüngst seinen Vorschlag eines Kerneuropa der schnelleren Vertiefung betont, das sich ausdrücklich auf finanzielle Regelgebundenheit stützt.⁹

Dennoch ist die Diskussion im Fluss. Die Europäische Zentralbank (das französische Direktoriumsmitglied Benoît Cœuré) unterstützte die französischen Forderungen. Cœuré schlug vor, das Budget der Wirtschaftsregierung über gemeinsame Anleihen zu finanzieren. Es sei, so heißt es in der Presse, im deutschen Finanzministerium ein steuerfinanziertes Budget im Gespräch. Cœuré wird zitiert, er könne sich „Entscheidungsmechanismen innerhalb eines europäischen Finanzministeriums vorstellen, die der der EZB gleichen. Es könnte also mit einfacher oder qualifizierter Mehrheit über die Wirtschaftspolitik eines Landes abgestimmt werden, das dieses Votum dann unabhängig von seinen eigenen Wünschen umsetzen müsste. Auf die Frage, ob solche Vorstellungen nicht unrealistisch seien, verweisen EZB-Kreise auf den erheblichen Souveränitätsverzicht im Zuge der Europäischen Bankenunion [...]. Heute etwa könnte die EZB jeden Bankchef im Währungsraum absetzen.“¹⁰

Auch bei Lamers und Schäuble findet sich die Forderung nach einem EU-Kommissar für nationale Haushalte und einem Eurozonenparlament.¹¹ Angeblich stellt das deutsche Finanzministerium auch Überlegungen zu einem Haushalt der Eurozonenländer an, der aus dem Aufkommen der Einkommen- bzw. der Mehrwertsteuer bedient werden soll.¹² Aber Wolfgang Schäuble schränkte in einer Vortragsveranstaltung an der Pariser Science Po ein: „Es ist richtig, dass wir jetzt über die institutionelle Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion diskutieren. Da verbinden wir in Frankreich und in Deutschland manchmal mit gleichen Begriffen noch verschiedene Vorstellungen.“ Gegenüber der französischen Bereitschaft zum Souveränitätsverzicht blieb er skeptisch.¹³ Hier ist er sich mit Bundesbankpräsident Jens Weidmann einig. Dieser kommentierte den französischen Vorschlag folgendermaßen: „Ein europäischer Finanzminister wäre dann sinnvoll, wenn er die notwendigen Kompetenzen bekäme, die Haushaltsregeln auch durchzusetzen. Macron will aber, dass der künftige Finanzminister vor allem ein eigenes Budget verwalten darf, das wie ein Finanzausgleich in Europa wirkt. Ohne dass die Länder nationale Souveränität über ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik abgeben, überzeugt mich ein umfassendes Transfersystem nicht.“¹⁴

Stabilitäts- und Wachstumspakt

Belege für das Aufweichen europäischer Regeln durch Frankreich, aber nicht nur durch Frankreich gibt es viele. Jüngstes Beispiel ist das geplante Lockern der Defizitregeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch die Instrumentalisierung der Kosten für Flüchtlinge. Deutschland ist in dieser Frage, obwohl es die meisten Flüchtenden aufnimmt, isoliert. Bundesbankpräsident Weidmann hat darauf hingewiesen, dass der Stabilitätspakt durchaus mit den Belastungen fertig werden könne. Italien, Österreich oder der EU-Parlamentspräsident Martin Schulz warben heftig für eine Aufweichung der Defizitregeln.¹⁵ Der Präsident der Euro-Gruppe, Jeroen Dijsselbloem, wies allerdings darauf hin, dass nur in Einzelfällen außerordentliche Belastungen für Eurozone-Staaten erkennbar sind. Der federführende französische Kommissar Pierre Moscovici sieht dies anders.¹⁶ Für Frankreich ist diese Entscheidung nur ein Mosaikstein, um den Stabilitäts- und Wachstumspakt völlig zu entwerten und damit von der Notwendigkeit befreit zu sein, Defizitregeln einzuhalten. Dem „Regelwahn“ der Deutschen, wird die Notwendigkeit flexibler Politik in Europa entgegengehalten, also einer „Verflüssigung“ des Europarechts je nach Opportunität.¹⁷

Europäische Einlagensicherung

Die Idee einer europäischen Einlagensicherung ist die einzige aus dem Bericht der Fünf Präsidenten, die eine etwas konkretere Form angenommen hat. Sie soll als Ergänzung zu nationalen Regeln funktionieren, die allerdings noch nicht alle Staaten der Eurozone haben. Eben so wenig sind die ersten Beschlüsse zur Bankenunion und der damit verbundenen Einlagensicherungsrichtlinie, wie vereinbart, zum 3. Juli 2015 überall umgesetzt worden (z.B. nicht in Frankreich und Italien). Aus diesen Gründen findet eine europäische Einlagensicherung beim deutschen Finanzministerium keine Unterstützung. Aus deutscher Sicht sollten die Banken und die Investoren das Risiko tragen und nicht der (deutsche) Steuerzahler. Eine europäische Einlagensicherung wird von der EZB und Frankreich unterstützt und wurde vom Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker in seiner „state of the union“-Ansprache 2015 vor dem Europäischen Parlament angekündigt.¹⁸ Juncker präzisierte, er wolle noch keine europäische Einlagensicherung, sondern eine gemeinsame Rückversicherung für die nationalen Systeme.¹⁹ Die deutsche Kreditwirtschaft, einschließlich der Sparkassen, hat gegen die Idee einer europäischen Einlagensicherung protestiert, denn dann müssten die deutschen Kreditinstitute die über Jahre zum Schutz ihrer Kunden angesammelten Rücklagen (andere Euroländer haben diese meist nicht) für Banken im europäischen Ausland einsetzen.²⁰ Bei den Ergebnissen des EU-Gipfels im Oktober 2015 wurde die Bankenunion als Ziel nicht mehr erwähnt. Die Kommission ist allerdings daran nicht gebunden. Einige Beobachter geben der europäischen Bankenunion, einschließlich der europäischen Einlagensicherung, auch in der nahen Zukunft nur geringe Chancen.²¹

3. Der Streit zweier Sichtweisen zur Weiterentwicklung der WWU

Die Deutsche Bundesbank resümierte den Stand der Entwicklung der WWU in ihrem Monatsbericht vom März 2015 folgendermaßen: „Eine teilweise auch geforderte politische oder fiskalische Union und eine grundlegende Änderung der EU-Verträge werden nach dem Beschluss zur Gründung der Bankenunion gegenwärtig jedoch wohl nicht mehr angestrebt. Für eine spürbare Abgabe nationaler Souveränität scheinen sich keine politischen Mehrheiten abzuzeichnen.“²² Was wir beobachten sind Versuche einer technischen Veränderung der WWU, abgekoppelt vom politischen Diskurs in den Ländern der Eurozone. Hinter den vorgebrachten Forderungen stehen weder Demonstranten, Bürgerbewegungen noch nationale Parteien, die sich für die europäische Integration begeistern. Angestrebt wird eine top down-Reform, die durch Durchwursteln in Verhandlungen zwischen nationalen und europäischen Exekutiven Realität werden soll. Argumentiert wird gerne mit neutralen Sachzwängen (was getan werden soll, ist erforderlich, um die WWU zu stärken). Dennoch verstecken sich hinter diesen Argumenten handfeste nationale Interessenpolitik, sowie das Bemühen der europäischen Institutionen, allen voran Kommission und EZB, Entscheidungsprozesse in der Eurozone zu zentralisieren.

Zwei Sichtweisen zur Weiterentwicklung der WWU treffen aufeinander, die in Anlehnung an den Beitrag von Gnath/Haas²³ als souveränitätsteilende und risikoteilende Strategien bezeichnet werden sollen. Was den Fortschritt bei der Ausgestaltung der WWU erschwert, ist, dass Deutschland sich für die souveränitätsteilende Strategie und Frankreich für die risikoteilende Strategie stark macht. Damit fällt faktisch die

deutsch-französische Achse in der Eurozone bei der Frage der Weiterentwicklung der WEU aus. Tabelle 1 illustriert einige Unterschiede beider Strategien.

Tabelle 1: Sichtweisen zur Weiterentwicklung der WWU

Risikoteilende Strategie		Souveränitätsteilende Strategie	
ZIELE	UMSETZUNG	ZIELE	UMSETZUNG
Angleichen der Konjunkturzyklen	Z.B. Eurozonenweite Arbeitslosenversicherung; Transfers von erfolgreichen zu weniger erfolgreichen Ländern der Eurozone zur Ankurbelung der Wirtschaft	Niedrigere Staatsverschuldung	EU-Kommissar mit Eingriffsmöglichkeiten in nationale Haushalte
Einlagensicherung	Europäische Einlagensicherung	Stärkere Überwachung der Kreditwirtschaft und (halb-)automatische Mechanismen zum Erzeugen von Stabilität	Haftung der Banken und Einleger, nicht der Steuerzahler
Gemeinsame Haftung	Eurobonds	EU Fiskalrat	Ausgaben- und Steuerpolitik auf Kosten von Drittstaaten soll vermieden werden

Entscheidend ist bereits der Ausgangspunkt der unterschiedlichen Argumentationen. Während die souveränitätsteilende Strategie davon ausgeht, dass die Krise des Euroraums in erster Linie durch das unverantwortliche Handeln der Mitgliedstaaten verursacht wurde, argumentiert die Sichtweise der Risikoteilung, dass sich der Blick zurück nicht lohnt. Vielmehr gehe es darum, jetzt den Krisenländern zu helfen und Solidarität zu zeigen, zumal die Krise schnell auf weitere Länder der Eurozone übergreifen könnte. Unterschriebene Verträge sind entsprechend auszulegen und nicht unbedingt buchstabengetreu zu befolgen. Flexibilität ist das Gebot der Stunde, um die WWU zu stärken. Praktisch bedeutet dies auch, dass die Krise vor allem als Konjunkturkrise wahrgenommen wird. Der Weg aus der Krise führt über mehr Staatsausgaben, auch wenn damit die europäischen Verschuldungsgrenzen gesprengt werden. Die souveränitätsteilende Strategie sieht hierin nur einen Weg der Krisenländer, die fälligen, zum Teil schmerzlichen wirtschaftlichen Strukturreformen zu vermeiden, auch um innenpolitisch nicht die politische Opposition zu stärken. Die souveränitätsteilende Strategie plädiert deshalb für europäische Kontrollen der Wirtschaftspolitik wo nationale nicht mehr greifen.

Anmerkungen

- 1 Completing Europe's Economic and Monetary Union, http://ec.europa.eu/.../docs/5-presidents-report_en.pdf.
- 2 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. September 2015, S. 17.
- 3 Vgl. z.B. Björn Hacker: Die Zukunft der Eurozone: Der Fünf-Präsidenten-Bericht orientiert sich an Schäubles Stabilitätsunion, Friedrich-Ebert-Stiftung (politik für europa).
- 4 Ferdinand Giugliano/ Sarah Gordon: Macron calls for Eurozone to have its own treasury and parliament, in: Financial Times, 25. September 2015, S. 4.

- 5 Vgl. Janis Emmanouilidis: Europe's reactive and protective muddling through: the results of a summit in fire fighting mode, in: European Policy Centre, 19. Oktober 2015.
- 6 Vgl. James Politi: Italian finance minister says political union needed to ensure euro's survival, in: Financial Times vom 27. Juli 2015, S. 1.
- 7 Vgl. Giugliano/Gordon, a.a.O.
- 8 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. August 2015, S. 2.
- 9 Vgl. Karl Lamers/Wolfgang Schäuble: More integration is still the right goal for Europe, in: Financial Times vom 1. September 2014, S. 7.
- 10 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. August 2015, S. 17.
- 11 Vgl. Lamers/Schäuble, a.a.O.
- 12 So: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Juli 2015, S. 17.
- 13 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Oktober 2015, S. 20.
- 14 Vgl. Spiegel-Interview vom 2. Oktober 2015, S. 78.
- 15 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Oktober 2015, S. 17.
- 16 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Oktober 2015, S. 15.
- 17 Vgl. Der Spiegel vom 2. Oktober 2015, S. 32-33.
- 18 Jim Brunsten: Berlin fights plans to pool Eurozone risk, in: Financial Times vom 11. September 2015, S. 2.
- 19 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. September 2015, S. 15.
- 20 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. September 2015, S. 20.
- 21 Vgl. Wolfgang Münchau: Better no fiscal union than a flawed one, in: Financial Times vom 19. Oktober 2015, S. 9.
- 22 Deutsche Bundesbank: Ansatzpunkte zur Stärkung des Ordnungsrahmens der Europäischen Währungsunion, in: Monatsberichte März 2015, S. 15-39.
- 23 Vgl. Katharina Gnath/Jörg Haas: A Fiscal Union for Europe – Building Block and not a Magic Bullet, BertelsmannStiftung/Jacques Delors Institut Berlin: spotlight europe, Oktober 2015.